SE 1 /Tischvorlage für die Sitzung des Jugendhilfeauasschu
am 21.06.2005 - Öffentliche Beratung - zu TOP 4
DS: 0162/2005/BV

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion . Bergheimer Str. 88 . 69115 Heidelberg

Oberbürgermeisterin
der Stadt Heidelberg
Frau Beate Weber
- Rathaus –

69117 Heidelberg

01/OB-Referat
SO
21. JUNI 2005
Braun | GR | BB | Proto

Werner Brants
Karl Emer
Thomas Krczal
Reiner Nimis
Margrit Nissen
Roger Schladitz
Dr. Anke Schuster
Irmtraud Spinnler
Lore Vogel
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de

Datum: 21.06.05

Sachantrag für den Jugendhilfeausschuss am 21.6.05
zum Tagesordnungspunkt: 4 „Stufenweiser Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gemäß dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) und die örtliche Bedarfsplanung für das Kindergartenjahr 01.09.05 bis 31.08.06“

Der Bedarfsplan soll in folgendem Sinne konkretisiert werden:

1. Zielformulierung:
Ein Bedarfsplan ist ein Instrument, um Angebote im KITAbereich in der Stadt bzw. in den Stadtteilen zu steuern

Folgendes hat ein Bedarfsplan zu leisten:

A. Ist-Stand sowie vergangene und zukünftige Entwicklung bzw. Entwicklungspotenziale abbilden

B. Handlungsoptionen für die Zukunft formulieren, Trends errechnen,d.h. eine gezielte Angebotssteuerung unter Berücksichtigung der freien Träger entwickeln.

2. Um diese Steuerungsfunktionen zu erfüllen, sollen folgende Punkte im Bedarfsplan umgesetzt werden:

1. Statistische Grundlage für die Bedarfsplanung soll neben den Wartelisten der Einrichtungen auch die Wartelisten der gemeldeten Tagesmütter sein

2. Für die Bedarfsplanung soll künftig prozentual erhoben werden, woher die Kinder in den Einrichtungen kommen (d.h. leben sie auch in dem Stadtteil, in dem sie die KITA besuchen), damit ersichtlich wird, ob eine Einrichtung eine reine stadtteilsbezogene Funktion wahrnimmt oder eine stadtweite

3. Plätze die vom Studentenwerk oder der Universität angeboten werden, sollen künftig getrennt ausgewiesen werden

4. Tabellarische Gesamtübersichtsdarstellungen der Stadteile und der jeweiligen Versorgungsgrade (Excel-Tabellen), die eine vergleichende Darstellung und Interpretation zu lassen

5. regionale Betrachtung der Versorgungsgrade (Ost, West,Zentrum, ect.), um grobe Handlungsnotwendigkeiten zu erkennen

6. Erhebung der räumlichen und personellen Potenziale in Einrichtungen, um künftige Handlungsoptionen auf Einrichtungsebene abzubilden

7. Auf Basis der statistischen Daten Erarbeitung von Lösungsansätzen, wie groben Unterversorgungen in Regionen oder Stadtteilen entgegengewirkt werden kann (z.B. das In Beziehung setzen der Versorgungsgrade von unter 3jährigen und 3 bis 6jährigen)

Die notwendigen Unterschriften sind als Anlage beigefügt.

gez. SPD-Fraktion